

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen das Protokoll des öffentlichen Teils der Sitzung vom 13.03.2024
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 4.1 Umschichtung städtischer Haushaltsmittel: Sonntagsöffnung der Stadt- und Landesbibliothek statt Medienpreis M100
Fraktion DIE aNDERE 23/SVV/1083
 - 4.2 Ökologisches Bauen von kommunalen Gebäuden ermöglichen
Fraktion der Freien Demokraten 23/SVV/1407
 - 4.3 Zeitgemäße Unternehmensziele für die ProPotsdam
Fraktion DIE aNDERE 24/SVV/0031
 - 4.4 Verabschiedung des Integrationskonzeptes der Landeshauptstadt Potsdam 2024 - 2028
Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt 24/SVV/0093
 - 4.5 Kulturpolitische Strategie 2025-2029
Oberbürgermeister, Fachbereich Kultur und Museum 24/SVV/0137
 - 4.6 Verbot des Verkaufs aus dem Wohnungsbestand der Pro Potsdam
Fraktion DIE aNDERE 24/SVV/0165
 - 4.7 Kein Verkauf von Wohnhäusern der ProPotsdam an Private
Fraktion Die Linke 24/SVV/0197
 - 4.8 Transparente Darstellung der Bearbeitung von Anträgen der Bürger
Fraktion Potsdam sozial gerecht 24/SVV/0184
 - 4.9 Erinnerungsort Viktoria-Garten und Kino Charlott stärken
Fraktion Die Linke 24/SVV/0200
 - 4.10 Bargeld statt Bezahlkarte
Fraktion DIE aNDERE 24/SVV/0206
 - 4.10.1 Bargeld statt Bezahlkarte
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen 24/SVV/0206-01

- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Transformationsprogramm zur Weiterentwicklung und Digitalisierung der Verwaltungsarbeit
- 5.1.2 Übergreifender Stand des Transformationsprogramms zur Weiterentwicklung und Digitalisierung der Verwaltungsarbeit
- 5.1.1 Organisationsuntersuchungen in den Fachbereichen 23 (Kinder, Jugend und Familie), 39 (Wohnen, Arbeit und Integration) und 53 (Personal und Organisation)
- 5.1.3 Zukunftsfähige Ausrichtung des IT-Betriebs 24/SVV/0327
Oberbürgermeister, Fachbereich E-Government
- 5.2 Weiterbetrieb und Attraktivierung der Biosphärenhalle hier: Berichterstattung zum Bearbeitungsstand der Optimierungsgebote 24/SVV/0325
Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Bauen und Projekte
- 6 nicht abschließend beratene Anträge der Fraktionen und Beschlussvorlagen des Oberbürgermeisters
- 7 Sonstiges

Nichtöffentlicher Teil

- 8 Feststellung der nicht öffentlichen Tagesordnung
- 9 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen das Protokoll des nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 13.03.2024
- 10 Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Oberbürgermeister - Umsetzung des Beschlusses 19/SVV/1141 24/SVV/0340
- 11 Mitteilungen der Verwaltung
- 11.1 Gesellschafterversammlung der ProPotsdam GmbH 24/SVV/0323
Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement

11.2 Vorstellung neuer Geschäftsführer Klinikum Ernst von Bergmann

12 Sonstiges

Protokoll

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 10 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Zur vorliegenden Tagesordnung schlägt er vor, folgende Tagesordnungspunkte (TOP) **zurückzustellen**:

- **TOP 4.3** - Zeitgemäße Unternehmensziele für die ProPotsdam, DS 24/SVV/0031 und **TOP 4.6** - Verbot des Verkaufs aus dem Wohnungsbestand der Pro Potsdam, DS 24/SVV/0165, auf Bitte der Fraktion DIE aNDERE;
- **TOP 4.4** - Verabschiedung des Integrationskonzeptes der Landeshauptstadt Potsdam 2024 – 2028, DS 24/SVV/0093, hier fehlen die Voten der Ausschüsse für Bildung und Sport und für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes;
- **TOP 4.8** - Transparente Darstellung der Bearbeitung von Anträgen der Bürger DS 24/SVV/0184, auf Bitte von Herrn Dr. Scharfenberg;
- **TOP 4.9** - Erinnerungsort Viktoria-Garten und Kino Charlott stärken, DS 24/SVV/0200, hier fehlt das Votum des Ausschusses für Kultur.

Ferner soll der **TOP 5.1.2** - Übergreifender Stand des Transformationsprogramms zur Weiterentwicklung und Digitalisierung der Verwaltungsarbeit - vor **TOP 5.1.1**- Organisationsuntersuchungen in den Fachbereichen 23 (Kinder, Jugend und Familie), 39 (Wohnen, Arbeit und Integration) und 53 (Personal und Organisation) - behandelt werden.

Die Tagesordnung soll unter **TOP 7**, Sonstiges um folgende Informationen erweitert werden:

- zum Thema „Offener Brief an die Stadtverordneten“; durch den Oberbürgermeister
- zum aktuellen Sachstand hinsichtlich des SG Bornim; durch Herrn Prof. Dr. Hafezi,

- Beigeordneter für Bildung, Kultur, Jugend und Sport
- zum Thema Jahresempfang der Landeshauptstadt Potsdam 2024; durch den Oberbürgermeister
- sowie auf Anfrage der Fraktion CDU zum Thema Veranstaltung am Ostermontag zur Garnisonkirche und mögliche Gegendemonstrationen; durch Frau Meier, Beigeordnete für Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit

Im Weiteren bittet Frau Dr. Müller darum, **TOP 4.7** - Kein Verkauf von Wohnhäusern der ProPotsdam - an Private, ebenfalls zurückzustellen, da ein thematischer Zusammenhang zum **TOP 4.6** - Verbot des Verkaufs aus dem Wohnungsbestand der Pro Potsdam besteht.

Herr Dr. Bauer bittet darum, den nicht öffentlichen **TOP 10** - Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Oberbürgermeister - Umsetzung des Beschlusses 19/SVV/1141 - im öffentlichen Teil der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zu behandeln. Der Oberbürgermeister erklärt, dass gemäß Ziffer 10 der *Verfügung zur Bearbeitung von Dienstaufsichtsbeschwerden gegen den Oberbürgermeister* vom 10.01.2023 die Vorabbehandlung im nicht öffentlichen Teil der Hauptausschusssitzung zu erfolgen habe. Darauffolgend werde der Antrag im öffentlichen Teil der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung beraten.

Weiterhin bittet Herr Teuteberg, den **TOP 4.2** - Ökologisches Bauen von kommunalen Gebäuden ermöglichen - **zurückzustellen**, da er im Werksausschuss Kommunaler Immobilien Service noch nicht behandelt wurde und zudem eine neue Fassung vorgestellt werden soll.

Gegen die o.g. Änderungen in der Tagesordnung erhebt sich kein Widerspruch; sie wird einstimmig **bestätigt**.

3 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen das Protokoll des öffentlichen Teils der Sitzung vom 13.03.2024

Zum **Protokoll** der 88. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 13.03.2024 gibt es keine Hinweise; es wird mit Stimmenmehrheit, bei einigen Stimmenthaltungen **bestätigt**.

4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

4.1 Umschichtung städtischer Haushaltsmittel: Sonntagsöffnung der Stadt- und Landesbibliothek statt Medienpreis M100

23/SVV/1083
abgelehnt

Der Oberbürgermeister verweist auf die Empfehlung des **Ausschusses für Bildung und Sport**, den Antrag **abzulehnen** sowie des **Ausschusses für Finanzen**, der die Zustimmung zu einer neuen Fassung empfiehlt.

Anschließend bringt Herr Dr. Bauer, Fraktion DIE aNDERE, den Antrag ein und wirbt für dessen Annahme in der neuen Fassung. Er bittet Herrn Prof. Dr. Hafezi, Beigeordneter für Bildung, Kultur, Jugend und Sport, um Ausführungen zur Deckungsquelle. Dieser befürwortet das Projekt, bittet aber in der weiteren Entscheidung zu bedenken, dass es nachhaltig finanzierbar sein müsse. Herr Dr. Wegewitz berichtet aus der Sitzung des Ausschusses für Fi-

nanzen und wirft die Frage auf, mit welchen Vorläufen die Mittel freigemacht werden können. Herr Prof. Dr. Hafezi betont, dass die Mittel nur für ein Jahr die Sonntagsöffnung der Stadt- und Landesbibliothek sicherstellen könnten. Nach der sich anschließenden kontroversen Diskussion stellt der Oberbürgermeister den Antrag in der o. g. **neuen Fassung** zur Abstimmung:

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die im Haushaltsplan für das ESF-Projekt JUGEND STÄRKEN: Brücken in die Eigenständigkeit (JUST BEst) vorgesehenen Mittel in Höhe von jährlich 70.000 Euro für die Haushaltsjahre 2023/24 umzuwidmen. Die damit zur Verfügung stehenden Mittel in Höhe von 140.000 Euro, sollen stattdessen für die Finanzierung der Sonntagsöffnungen der Stadt- und Landesbibliothek verwendet werden, um eine schnellstmögliche Umsetzung für das Jahr 2024 zu realisieren. Über die Verwendung dieser umgewidmeten Mittel ist die Stadtverordnetenversammlung im April 2024 zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

mit 8 Nein-Stimmen **abgelehnt**,
bei 4 Ja-Stimmen.

4.2 Ökologisches Bauen von kommunalen Gebäuden ermöglichen

23/SVV/1407
vertagt

zurückgestellt – auf Wunsch der Fraktion der Freien Demokraten

4.3 Zeitgemäße Unternehmensziele für die ProPotsdam

24/SVV/0031
vertagt

zurückgestellt – auf Wunsch der Fraktion DIE aNDERE

**4.4 Verabschiedung des Integrationskonzeptes der Landeshauptstadt
Potsdam 2024 - 2028**

24/SVV/0093
vertagt

zurückgestellt - fehlen Voten der Ausschüsse für Bildung und Sport sowie für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes

4.5 Kulturpolitische Strategie 2025-2029

24/SVV/0137
geändert beschlossen

Der **Ausschuss für Kultur** empfiehlt, der Vorlage mit Änderungen und Ergänzungen in der Anlage 2 zuzustimmen.

Frau Hartmann, Bereichsleiterin Kulturmanagement, bringt die Vorlage ein, erörtert den Prozess der kulturpolitischen Strategie sowie die Änderungen in der Anlage 2, die im Ausschuss

für Kultur einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen wurden. Herr Prof. Dr. Hafezi, Beigeordneter für Bildung, Kultur, Jugend und Sport, dankt den Akteurinnen und Akteuren, die den Prozess zwei Jahre lang begleitet und sich konstruktiv eingebracht haben. Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass sie sich dem Beschluss zur Evaluierung der gesamtstädtischen Ziele nähern. Er begrüße den Vorschlag der Kulturpolitiker, ein Ziel daraus werden zu lassen und könne das Ziel und den Weg nachvollziehen.

Anschließend wird die Vorlage in der ergänzten Fassung zur Abstimmung gestellt:

Beschlussempfehlung:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung einschließlich der geänderten Anlage 2, wie folgt zu beschließen:

„Grundlagen und Handlungsfelder“ der ‚Kulturpolitischen Strategie‘ gemäß Anlage Teil A.

Dies bildet die Grundlage für das ab dem dritten Quartal 2024 zu erarbeitende „Maßnahmen- und Umsetzungspaket“ als Teil B.

Dieses ist bis Ende 2024 zur Abstimmung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit angenommen,
bei einer Stimmenthaltung.

**4.6 Verbot des Verkaufs aus dem Wohnungsbestand
der Pro Potsdam**

24/SVV/0165
vertagt

zurückgestellt – auf Wunsch der Fraktion DIE aNDERE

4.7 Kein Verkauf von Wohnhäusern der ProPotsdam an Private

24/SVV/0197
vertagt

zurückgestellt – auf Wunsch der Fraktion Die Linke

4.8 Transparente Darstellung der Bearbeitung von Anträgen der Bürger

24/SVV/0184
vertagt

zurückgestellt – auf Wunsch Herr Dr. Scharfenberg

4.9 Erinnerungsort Viktoria-Garten und Kino Charlott stärken

24/SVV/0200
vertagt

zurückgestellt - fehlt Votum KA

Der **Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion** empfiehlt, dem Antrag mit folgender Ergänzung nach dem 1. Absatz **zuzustimmen**:

...

Sollte die Bezahlkarte für Asylbewerber:innen verpflichtend eingeführt werden, soll die Landeshauptstadt ihre Möglichkeiten nutzen, um diese so diskriminierungsarm wie möglich zu gestalten. Dazu zählt u.a. die Ablehnung regionaler Einschränkungen. Vor Einführung sind der Migrantenbeirat und die Integrationsbeauftragte zu beteiligen.

Der Oberbürgermeister berichtet im 3. Quartal 2024 der Stadtverordnetenversammlung.

Frau Hüneke, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bringt den Antrag in der ergänzten Fassung, siehe TOP 4.10.1, DS 24/SVV/0206-1, ein. Die Ergänzungen aus dem Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion (GSWI) sollten erhalten bleiben, so Frau Dr. Müller, Fraktion Die Linke. Frau Hüneke stellt daraufhin klar, dass der Änderungsantrag zusätzlich zum Votum des GSWI als Ergänzung gedacht sei. Nach der sich anschließenden kontroversen Diskussion betont der Oberbürgermeister, dass er wenig von überzeugt sei, dass eine Bezahlkarte die avisierten Effekte erzielen werde. Fällt eine entsprechende Entscheidung, müsse die Verwaltung diese umsetzen.

Abstimmung:

Der o.g. Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, DS 24/SVV/0206-01, in der Fassung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion wird:

mit Stimmenmehrheit angenommen,

bei einigen Nein-Stimmen
und einer Stimmenthaltung.

Anschließend wird der so geänderte Antrag zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt, der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, sich beim Land Brandenburg dafür einzusetzen, dass die geplante Bezahlkarte nicht als vorrangiges Mittel für die Auszahlung von Mitteln an Asylbewerber:innen eingesetzt wird. Stattdessen soll es auch künftig bei der vorrangigen Auszahlung von Bargeld bleiben.

Sollte die Bezahlkarte für Asylbewerber:innen verpflichtend eingeführt werden, soll die Landeshauptstadt ihre Möglichkeiten nutzen, um diese so diskriminierungsarm wie möglich zu gestalten. Dazu zählt u.a. die Ablehnung regionaler Einschränkungen. Vor Einführung sind der Migrantenbeirat und die Integrationsbeauftragte zu beteiligen.

Folgende Mindeststandards sind zu berücksichtigen und sich in den Gremien der kommunalen Spitzenverbände und des Landes dafür einzusetzen:

- 1. Mit der Bezahlkarte sollen uneingeschränkt Zahlungen bei allen Händler- und Warengruppen erfolgen können. Es soll keinen Ausschluss bestimmter Händler- oder Warengruppen geben.**
- 2. Mit der Bezahlkarte sollen uneingeschränkt Online-Einkäufe getätigt werden können.**

3. Es darf keine regionale/geographische Nutzungseinschränkung der Bezahlkarte geben.
4. Der mit der Bezahlkarte eingeräumte Barbetrag darf die soziokulturelle Seite des Existenzminimums nicht unterschreiten und damit in Ableitung des ASyIBLG 204 Euro nicht unterschreiten. In begründeten Ausnahmefällen soll der gesamte Betrag in bar auszahlbar sein.
5. Jede volljährige Person in einer Bedarfsgemeinschaft erhält eine Bezahlkarte.
6. Die Bezahlkarte soll nicht auf Analogleistungsberechtigte nach § 2 AsylbLG ausgeweitet werden.

Der Oberbürgermeister berichtet im 3. Quartal 2024 der Stadtverordnetenversammlung.

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit **angenommen**,
bei einigen Nein-Stimmen.

4.10 Bargeld statt Bezahlkarte .1

24/SVV/0206-01
ungeändert beschlossen

Siehe Tagesordnungspunkt 4.10

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert:

Im Falle einer Einführung einer debit-Karte für Asylbewerber in der Landeshauptstadt Potsdam folgende Mindeststandards zu berücksichtigen und sich in den Gremien der kommunalen Spitzenverbände und des Landes dafür einzusetzen:

1. Mit der Bezahlkarte sollen uneingeschränkt Zahlungen bei allen Händler- und Warengruppen erfolgen können. Es soll keinen Ausschluss bestimmter Händler- oder Warengruppen geben.
2. Mit der Bezahlkarte sollen uneingeschränkt Online-Einkäufe getätigt werden können.
3. Es darf keine regionale/geographische Nutzungseinschränkung der Bezahlkarte geben.
4. Der mit der Bezahlkarte eingeräumte Barbetrag darf die soziokulturelle Seite des Existenzminimums nicht unterschreiten und damit in Ableitung des ASyIBLG 204 Euro nicht unterschreiten. In begründeten Ausnahmefällen soll der gesamte Betrag in bar auszahlbar sein.
5. Jede volljährige Person in einer Bedarfsgemeinschaft erhält eine Bezahlkarte.
6. Die Bezahlkarte soll nicht auf Analogleistungsberechtigte nach § 2 AsylbLG ausgeweitet werden.

5 Mitteilungen der Verwaltung

5.1 Transformationsprogramm zur Weiterentwicklung und Digitalisierung der Verwaltungsarbeit

5.1. Übergreifender Stand des Transformationsprogramms zur Weiterentwicklung und Digitalisierung der Verwaltungsarbeit

Eingangs erläutert Herr Hantzsche, Büro Oberbürgermeister, anhand einer Präsentation den Hintergrund und die Zielstellung des Programms. Im Weiteren geht er auf den Programmauftrag und das Zielbild in sechs Arbeitsfeldern ein und informiert über die Projekte im Programm sowie die weitere geplante Einbindung der politischen und beratenden Gremien; Nachfragen werden nicht gestellt.

Anlage 1 Präsentation - Vorstellung Potsdam smart gestalten und verwalten (öffentlich)

5.1. Organisationsuntersuchungen in den Fachbereichen 23 (Kinder, Jugend und Familie), 39 (Wohnen, Arbeit und Integration) und 53 (Personal und Organisation)

Herr Strelau von der Beraterfirma PD erläutert anhand einer Präsentation die Organisationsuntersuchung im Fachbereich Kinder, Jugend und Familie, die nach der Beantwortung von Nachfragen der Hauptausschussmitglieder u.a. inwieweit die gesetzlichen Veränderungen bei der Personalbemessung eingeflossen sind und zur Darstellung des Projektabschlusses, zur Kenntnis genommen wird.

Der Oberbürgermeister schlägt vor, die Ergebnisse im Jugendhilfeausschuss vorzustellen.

Es folgt die Präsentation der Organisationsuntersuchung im Bereich Wohnen, Arbeit und Integration; Nachfragen werden nicht gestellt.

Anlage 1 Präsentation - Vorstellung Organisationsuntersuchungen und IT Strategie (öffentlich)

5.1. Zukunftsfähige Ausrichtung des IT-Betriebs

24/SVV/0327
zur Kenntnis genommen

Herr Sahib von der Beraterfirma PD erläutert anhand einer Präsentation die Mitteilungsvorlage, die nach der Beantwortung von Nachfragen der Hauptausschussmitglieder u.a. ob eine Verbesserung der Situation trotz Fachkräftemangel eintreten werde und zu den rechtlichen Formaten für strategische Partnerschaften, zur Kenntnis genommen wird.

5.2 Weiterbetrieb und Attraktivierung der Biosphärenhalle

hier: Berichterstattung zum Bearbeitungsstand der Optimierungsgebote

24/SVV/0325
zur Kenntnis genommen

Herr Rubelt, Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bauen und Wirtschaft, führt in das Thema ein und Herr Leifgen, Geschäftsführer ProPotsdam Naturerlebnis GmbH, erörtert anhand einer Präsentation den Bearbeitungsstand zur Umsetzung der Optimierungsgebote. Er hebt positiv hervor, dass mit über 200.000 Besuchern eine sehr deutliche Steigerung gegenüber den Vorjahren verzeichnet wurde. Die Biosphäre sei mehr als die Tropenhalle, so dass die Felder Gastronomie, Events und Shops weiter ausgebaut werden sollen.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

Anlage 1 Präsentation - Rückblick 2023 und Ausblick 2024 (öffentlich)

6 nicht abschließend beratene Anträge der Fraktionen und Beschlussvorlagen des Oberbürgermeisters

Den Mitgliedern des Hauptausschusses liegt eine Übersicht der noch nicht abschließend beratenen Anträge vor. Im Ergebnis werden folgende Verfahren verabredet:

- | | |
|-------------|---|
| 20/SVV/0684 | Sportplatz für den Potsdamer Norden
Die Fraktion CDU erklärt den Antrag für erledigt.
Damit wird der Antrag für erledigt erklärt. |
| 21/SVV/0345 | Baumpflanzung Ecke Kastanienallee/Zepelinstraße
Dieser Antrag wird wieder aufgerufen. |
| 21/SVV/0506 | Prüfung der Neuausweisung eines Landschaftsschutzgebietes
Havelseen
zurückgezogen |
| 22/SVV/1158 | Prüfung der Einrichtung von wettkampffähigen Sportstätten in der LH
Potsdam: Innenstadt und Babelsberg. Aufnahme des westlichen Viertels
des Lustgartens in die Potentialflächen
Die Fraktion CDU erklärt den Antrag für erledigt.
Damit wird der Antrag für erledigt erklärt. |
| 23/SVV/0338 | Verkehrsproblematik auf der B 2 in der Ortslage Groß Glienicke
Dieser Antrag wird in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
wieder aufgerufen. |
| 23/SVV/0676 | Sicherung der bedarfssensiblen Angemessenheit bei der Unterbringung
von Menschen in der LHP für die Zukunft
Dieser Antrag wird in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
wieder aufgerufen. |

- 23/SVV/0963 Zukünftige Gestaltung der Fläche „Steubenplatz“
Über den Antrag soll in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Kultur entschieden werden. Zielstellung der Beschlussfassung ist die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung im Mai 2024.
- 23/SVV/1296 Werbesatzung der Landeshauptstadt Potsdam überarbeiten
+ NF 23/SVV/1296-01
Dazu soll in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes am 09.04.2024 über eine neue Fassung beraten werden.
- 23/SVV/1395 Trinkwassersparsysteme bei neuen Wohnbauprojekten
Die Verwaltung erklärt, dass nach Prüfung des GB 3 und GB 4 die Landeshauptstadt Potsdam nicht zuständig ist.
Damit wird, gemäß § 18 Abs. 2 d) Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung, die Nichtbefassung mit diesem Antrag wegen Unzuständigkeit empfohlen.
Herr Teuteberg, Fraktion der Freien Demokraten, bittet für eine innerfraktionäre Klärung, den Antrag zurückzustellen und in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses wieder aufzurufen.

7 Sonstiges

Thema Offener Brief an die Stadtverordneten

Der Oberbürgermeister betont, dass anonyme Briefe sehr schwierig seien, denn mit ihnen könne sich keiner auseinandersetzen. Er mahnt zum umsichtigen Umgang mit dem Wort „mutmaßlich“. Auch der Personalrat habe diesbezüglich im Intranet an die Beschäftigten appelliert.

Hinsichtlich der Zuständigkeit des Ehrenrates erinnert der Oberbürgermeister an sein Angebot in der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, an der Sitzung des Ehrenrates teilzunehmen, um Rede und Antwort zu stehen. Er betont, dass nach § 14 Hauptsatzung bei Angelegenheiten, wie Einzelpersonal- und Disziplinarangelegenheiten, die Öffentlichkeit von der Sitzung auszuschließen ist. Nach der Ehrenratssitzung wurde er mit Presseanfragen, die in Bezug auf seine Ehefrau falsch dargestellt sind, konfrontiert. Daraufhin habe er sich bis heute vergeblich mit der Bitte an den Vorsitzenden des Ehrenrates gewandt, ihm die Selbstanzeige zuzuleiten. Das mache es für ihn schwierig und daher bittet er die Fraktionen, in nicht öffentlicher oder öffentlicher Sitzung im Hauptausschuss darüber zu sprechen; die Sitzungsleitung könne er dafür an Frau Hüneke abgeben.

Aktueller Sachstand hinsichtlich des SG Bornim

Herr Prof. Dr. Hafezi, Beigeordneter für Bildung, Kultur, Jugend und Sport, warnt persönlich vor pauschalen Äußerungen und Beschädigung des Amtes des Oberbürgermeisters. Er werde im öffentlichen Teil über den Sachstand berichten; Fragen können anschließend im nicht öffentlichen Teil gestellt werden. In den vergangenen Ausschusssitzungen (wie dem Rechnungsprüfungsausschuss und Werksausschuss Kommunaler Immobilien Service) wurden die Untersuchungsgegenstände geprüft und eingeordnet. Ein Gutachten sei in Auftrag gegeben worden und sobald das Ergebnis vorliege werde die rechtliche Prüfung erfolgen. Er bittet die Hauptausschussmitglieder darum, im Blick zu behalten, dass die Ermittlungen von der Staatsanwaltschaft eingestellt wurden.

Thema Jahresempfang der Landeshauptstadt Potsdam 2024

Frau Dr. Sommer, Bereich Marketing, führt zum Format des Neujahrsempfangs aus, der jetzt als Jahresempfang stattfindet und in diesem Jahr mit dem Stadtwerkefest kombiniert werde.

Der Fokus in diesem Jahr liege auf dem Thema Sport unter der Komponente, dass mehrere Sportler nach Paris zu Olympia fliegen. Als Verbindung des Jahresempfangs mit dem Stadtwerkefest werde eine Sportstrecke zwischen der Friedrich-Ebert-Straße, Yorckstraße und dem Stadtkanal aufgebaut. Das Team der Sportler, die nach Paris fliegen, sollen beim Stadtwerkefest offiziell verabschiedet werden.

Thema Veranstaltung am Ostermontag zur Garnisonkirche und mögliche Gegendemonstrationen

Frau Meier, Beigeordnete für Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit, weist darauf hin, dass die Polizei und nicht die Landeshauptstadt Potsdam für diese Veranstaltungen zuständig ist und demnach diesbezügliche Anträge an das Land gerichtet werden müssen.

Vorsitz:

Protokollführung:

Mike Schubert

Heike Ziegenbein